

## Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 22. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 28.03.2019:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
1.	Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreistages am 17.12.2018	Anerkannt	
2.	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien		
2.1.	Umbesetzung sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration sowie im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	468/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 9
2.2.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 03.01.2019: Umbesetzungen von Ausschüssen	469/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
2.3.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.02.2019: Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien; Neuwahl einer Beisitzerin des Wahlausschusses sowie eines Stellvertreters und Umbesetzung des Beirates bei der Justizvollzugsanstalt Siegburg	470/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
2.4.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 15.02.2019: Umbesetzung von Ausschüssen	471/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 11
2.5.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN vom 13.03.2019: Umbesetzungen von Ausschüssen und Gremien	472/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 11,12,13
2.6.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 21.03.2019: Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien	473/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 13
2.7.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: Bestimmung des Sitzungsortes für die nächsten Kreistagssitzungen	474/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 14
3.	Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen beim Oberverwaltungsgericht Münster für die Wahlperiode ab dem 01.02.2020 hier: Aufstellung der Vorschlagsliste	475/19 Zustimmung	MB./ Abg. Dr. Fleck, Seite 14
3.1.	Metropolregion Rheinland: Benennung eines Stimmführers/ einer Stimmführerin	476/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 14
4.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 24.01.2019 - Dokumentation der eingehenden Unterlagen in Jobcentern	477/19 Zustimmung	einstimmig, Enth. AfD, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise Seite 15

5.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.02.2019: Resolution: "Lokale Demokratie stärken - Stichwahlen beibehalten"	478/19 Zustimmung	MB./ CDU, Abg. Meise, Enth. FDP, Seite 17
6.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 11.03.2019: Sonderprüfung des Rechnungsprüfungs- amtes im Hinblick auf die Kostensteigerungen der Maßnahmen Kreishaus und Carl-Reuther-Berufskolleg Hennef	479/19 Zustimmung	MB./ FDP, Enth. AfD, Seite 20
7.	Lead City Bonn - Angebotsverbesserungen bei Bus und Bahn im Rhein-Sieg-Kreis	480/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 20
7.1.	Lead-City Bonn - Betriebliches Mobilitätsmanagement in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis -	481/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 21
8.	Fortschreibung des Nahverkehrsplans; Taktverdichtung Linie 577	482/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 21
9.	Beitritt des Rhein-Sieg-Kreises in die Naturarena Bergi- sches Land GmbH; Gremienbesetzung	483/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 21,22
10.	Haushaltsplan 2019/2020	Siehe TOP 10.1	
10.1.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 19.03.2019: Sanierungs- kosten Kreishaus	484/19 Ablehnung	MB./LINKE, FUW/Piraten, 1 AfD, 2 Enth. AfD, Seite 25
		485/19 Zustimmung	MB./ LINKE, FUW/Piraten, 2 AfD, Abg. Dr. Fleck, Abg. Mei- se, 1 Enth. AfD, Seite 25
11.	Veräußerung der von der Stadtwerke Bonn Beteili- gungs-GmbH gehaltenen Anteile an der EVG Energie- versorgungsgesellschaft Sankt Augustin mbH an die RheinEnergie AG	von der TO abge- setzt	
12.	Mitteilungen und Anfragen  <b>Nichtöffentlicher Teil</b>		
13.	Bestellung von Prüferinnen im Prüfungsamt	486/19 Zustimmung	einstimmig, Seite 30
14.	Veräußerung der von der Stadtwerke Bonn Beteili- gungs-GmbH gehaltenen Anteile an der EVG Energie- versorgungsgesellschaft Sankt Augustin mbH an die RheinEnergie AG	von der TO abge- setzt	
15.	Mitteilungen und Anfragen		

## Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 22. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 28.03.2019:

---

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:30Uhr  
**Ort der Sitzung:** A 1.16  
**Datum der Einladung:** 14.03.2019  
**Einladungsnachtrag vom:** 21.03.2019, 22.03.2019

### Anwesende Mitglieder:

#### Vorsitzender

Herr Sebastian Schuster

#### Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Jürgen Becker  
Frau Renate Becker-Steinhauer  
Herr Dr. Torsten Bieber  
Herr Norbert Chauvistré  
Herr Klaus Döhl  
Herr Christoph Fiévet  
Herr Björn Franken  
Herr Franz Gasper  
Frau Katharina Gebauer  
Herr Dr. Josef Griese  
Herr Jörg Erich Haselier  
Frau Hildegard Helmes  
Herr Hans-Peter Höhner  
Herr Ivo Hurnik  
Frau Silke Josten-Schneider  
Herr Marcus Kitz  
Herr Oliver Krauß  
Frau Gabriele Kretschmer  
Herr Joachim Kühlwetter  
Frau Notburga Kunert  
Frau Sigrid Leitterstorf  
Herr Oliver Roth  
Herr Tim Salgert  
Herr Josef Schäferhoff  
Herr Martin Schenkelberg  
Herr Raimund Schink  
Herr Matthias Schmitz  
Herr Christian Siegberg  
Herr Michael Solf  
Herr Michael Söllheim  
Herr Andreas Sonntag

Herr Helmut Weber

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht

Frau Bettina Bähr-Losse

Frau Gisela Becker

Herr Harald Eichner

Frau Stefanie Göllner

Herr Sebastian Hartmann

Herr Volker Heinsch

Frau Veronika Herchenbach-Herweg

Frau Ute Krupp

Herr Paul Lägel

Frau Nicole Männig

Frau Cornelia Mazur-Flöer

Herr Claus Müller

Frau Joline Piel

Herr Udo Scharnhorst

Herr Björn Seelbach

Frau Susanne Sicher

Frau Ursula Studthoff

Herr Dietmar Tandler

Herr Achim Tüttenberg

Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Elisabeth Anschütz

Frau Michaela Balansky

Frau Johanna Bientreu

Frau Gabi Deussen-Dopstadt

Frau Edith Geske

Herr Christian Gunkel

Herr Edgar Hauer

Herr Burkhard Hoffmeister

Herr Ingo Steiner

Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordnete FDP

Frau Renate Frohnhöfer

Herr Alexander Hildebrandt

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Frank Kemper

Herr Michael Lehmann

Herr Michael Otter

Kreistagsabgeordnete AfD

Herr Norbert Klein  
Herr Ralf-Udo Rothe  
Herr Vladimir Skoda

Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten

Frau Anja Moersch  
Frau Maria Luise Streng

Kreistagsabgeordneter NPD

Frau Ariane Christine Meise

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Schrifführer

Herr Dirk Kassel

**Entschuldigt fehlten:**Kreistagsabgeordnete CDU:

Herr Oliver Baron  
Frau Brigitte Donie

Kreistagsabgeordnete FDP:

Herr Christoph Küpper

**Unentschuldigt fehlten:**

---

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

Frau Udelhoven  
Herr Grünhage  
Herr Jaeger  
Herr D. Schmitz  
Herr Schwarz  
Herr Wagner  
Herr Nitschke  
Frau Schlich  
Herr Dr. Berbuir

Frau Ommerborn  
Frau Rellecke

Vertreter der Presse

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

## Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten
---

Der Landrat eröffnete die 22. Sitzung des Kreistages und begrüßte die Anwesenden.

Er teilte mit, dass aufgrund der fortschreitenden Brandschutzsanierung im Hause in Abstimmung mit dem Kreistagsbüro dezentrale Örtlichkeiten für die Durchführung der kommenden Sitzungen des Kreistages gesucht werden. Angedacht seien u.a. Tagungsorte im Rathaus in Meckenheim, die Meys Fabrik in Hennef sowie in den Berufskollegs in Siegburg und Hennef. Er hoffe auf Zustimmung und Unterstützung, wenn man für die Tagung des Kreistages ins Kreisgebiet hinausgehe.

Dann gedachte er dem am 20. Dezember 2018 im Alter von 85 Jahren verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Gerhard Richter (CDU) aus Sankt Augustin.

Gerhard Richter sei von 1999 bis 2009 Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises gewesen. Er habe sich u.a. als Mitglied im Kreisausschuss, im Ausschuss für reg. Wirtschafts- und Strukturförderung, im Abfallwirtschaftsausschuss, im Planungs- und Verkehrsausschuss, im Rechnungsprüfungsausschuss, im Umweltausschuss sowie in vielen Gremien des Kreises für die Belange des Kreises engagiert.

Weiter gedachte er dem am 7. Januar 2019 im Alter von 80 Jahren verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Helmut Söntgerath (CDU) aus Much.

Helmut Söntgerath sei von 1975 bis 1999 Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises gewesen und 13 Jahre Vorsitzender der CDU des Rhein-Sieg-Kreises. Er habe sich u.a. als Mitglied im Ausschuss für reg. Wirtschafts- und Strukturförderung, im Ausschuss für zivile Verteidigung, im Planungs- und Verkehrsausschuss, im Schulausschuss sowie in der Wirtschaftsförderungskommission für die Belange des Kreises engagiert. Aufgrund seines Engagements sei ihm der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden.

Der Landrat teilte mit, dass er eben die Information erhalten habe, dass der ehemalige Kreistagsabgeordnete Herr Stefan Frechen am 21.03.2019 verstorben sei. Stefan Frechen sein Mitglied des Kreistages von 1975 bis 2000 und viele Jahre Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion gewesen. Am 27.03.2019 sei im Alter von 91 Jahren Herr Matthias Dederichs aus Troisdorf verstorben. Herr Dederichs sei von 1989 bis 1994 Kreistagsmitglied gewesen und viele Jahre Beigeordneter der Stadt Troisdorf gewesen.

Der Kreistag werde Herrn Gerhard Richter, Herrn Helmut Söntgerath, Herrn Stefan Frechen und Herrn Matthias Dederichs ein ehrendes Andenken bewahren.

Dann gratulierte er den Abgeordneten Norbert Klein, Ursula Studthoff und Christoph Küpper zu ihren „runden“ Geburtstagen.

Weiter gratulierte er der Abg. Katharina Gebauer zur Geburt ihres Kindes.

Der Landrat teilte mit, dass Frau Irmhild Schaffrin ihr Kreistagsmandat niedergelegt habe. Frau Irmhild Schaffrin sei seit 2014 Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises und in dieser Eigenschaft Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft, im Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz, im Ausschuss für Schule und Bildungskoordination, im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus sowie im politischen Beirat REGIONALE 2025 Agentur GmbH und im kommunalen Arbeitskreis Wahner Heide e.V. gewesen.

Der Landrat dankte für das ehrenamtliche Engagement zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Sieg-Kreises und wünschte für die Zukunft alles Gute.

Weiter sagte der Landrat, dass anstelle der ausgeschiedenen Kreistagesabgeordneten Irmhild Schaffrin als Listennachfolger für die Fraktion DIE GRÜNEN Herr Christian Gunkel in den Kreistag einziehe. Eine entsprechend Annahmeerklärung sei am 07.03.2019 unterzeichnet worden.

Darüber sei Herr Claus Müller als Nachfolger für den ausgeschiedenen Herrn Folke große Deters in der heutigen Sitzung zu verpflichten.

Anschließend trug der Landrat den Verpflichtungstext vor, den die neuen Kreistagsabgeordneten nachsprachen.

Dann gratulierte er den neuen Kreistagsabgeordneten zu ihrer Mitgliedschaft im Kreistag und wünschte eine erfolgreiche Zeit als Mitglied des Kreistages.

Dann nahm der Landrat Bezug auf die Einladung vom 14.03.2019, die Einladungsnachträge vom 21.03.2019 und 22.03.2019, die Tischvorlage 1 vom 27.03.2019.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Zur Tagesordnung schlug der Landrat vor, die Tagesordnungspunkte 11 aus dem öffentlichen Teil und 14 aus dem nichtöffentlichen Teil von der Tagesordnung abzusetzen, da eine Entscheidungsreife noch nicht vorliege.

Dann ließ der Landrat über die Absetzung des Tagesordnungspunkte 11 und 14 von der Tagesordnung abstimmen.

**B.-Nr.**  
**466/19**

**Der Kreistag stimmt der Absetzung des Tagesordnungspunkte 11 und 14 von der Tagesordnung zu.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

Abg. Kemper sagte, seine Fraktion beantrage eine Erweiterung der Tagesordnung über die Bestimmung des Sitzungsortes für die nächsten Kreistagssitzungen, Das ergebe sich aus der § 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises, wonach die Sitzungen grundsätzlich in Siegburg stattzufinden haben, es sei denn der Kreistag treffe einen entsprechenden Beschluss. Da in Rede stehe, die folgenden Sitzungen des Kreistages nicht ausschließlich in Siegburg durchzuführen,

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

halte er eine entsprechende Beschlussfassung für die Möglichkeit der Wahl externer Tagungsorte für sinnvoll.

Der Landrat bedankte sich für den Hinweis und schlug vor, die Tagesordnung um den TOP 2.7 zu erweitern, um eine entsprechenden Beschluss zu fassen.

**B.-Nr.**  
**467/19**

**Der Kreistag stimmt der o.g. Erweiterung der Tagesordnung um TOP 2.7 zu.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

Weitere Wünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

1	Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreistages am 17.12.2018	
---	---	--

Der Landrat sagte, Einwendungen seien nicht erhoben worden. Die Niederschrift gelte somit als anerkannt.

2	Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
---	--	--

2.1	Umbesetzung sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration sowie im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

**B.-Nr.**  
**468/19**

**Der Kreistag wählt die nachfolgend genannten Personen als sachkundige Einwohner nach § 41 Abs. 6 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in die nachstehenden Ausschüsse des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises:**

**1. Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration:**

**Herr Patrick Ehmman wird anstelle von Herrn Harald Klippel beratendes Mitglied.**

**Herrn Harald Klippel wird anstelle von Herrn Frank Malotki stellvertretendes beratendes Mitglied.**

**2. Ausschuss für Inklusion und Gesundheit:**

**Herr Patrick Ehmman wird anstelle von Herrn Harald Klippel beratendes Mitglied.**

**Herrn Harald Klippel wird anstelle von Herrn Frank Malotki stellvertretendes beratendes Mitglied.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

2.2	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 03.01.2019: Umbesetzungen von Ausschüssen	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

**B.-Nr.**  
**469/19**

**Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus:**

**Der Sachkundige Bürger (SkB) Jakob Esser wird anstelle des SkB Dr. Wolfgang Straub ordentliches Mitglied. Der SkB Bastian Reichardt wird erstes stellvertretendes Mitglied. Der SkB Dr. Wolfgang Straub wird zweites stellvertretendes Mitglied.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

2.3	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.02.2019: Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien; Neuwahl einer Beisitzerin des Wahlausschusses sowie eines Stellvertreters und Umbesetzung des Beirates bei der Justizvollzugsanstalt Siegburg	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

**B.-Nr.**  
**470/19**

**Der Kreistag fasst nachstehenden Beschluss:**

**1.) Wahlausschuss:**

**Anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Folke große Deters (SPD) wird**

**- als neue Beisitzerin Frau Ute Krupp**

**- und als ihr Stellvertreter Herr Claus Müller**

**gewählt.**

**2.) Beirat der Justizvollzugsanstalt Siegburg:**

**Für Herrn Albert W. Thüssing wird Herr Holger Dörnen als neues Mitglied für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Siegburg benannt.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
2.4	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 15.02.2019: Umbesetzung von Ausschüssen	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

**B.-Nr.**  
**471/19**

**Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzungen:**

**Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz:**

Die Sachkundige Bürgerin Dagmar Pöthmann wird anstelle des SkB Jürgen Fuchs ordentliches Mitglied.

**Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration:**

Die Sachkundige Bürgerin Dagmar Pöthmann wird 2. stellvertretendes Mitglied.

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

2.5	Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN vom 13.03.2019: Umbesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

**B.-Nr.**  
**472/19**

**Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzungen:**

**1.) Kreisausschuss:**

In den Kreisausschuss wird als ordentliches Mitglied Wilhelm Windhuis anstelle von Alexandra Gauß berufen.

In den Kreisausschuss wird als persönliche Stellvertreterin von Ingo Steiner Gabi Deussen-Dopstadt anstelle von Wilhelm Windhuis berufen.

In den Kreisausschuss wird als persönliche Stellvertreterin von Wilhelm Windhuis Michaela Balansky anstelle von Gabi Deussen-Dopstadt berufen.

**2.) Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus:**

In den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus wird als ordentliches Mitglied Christian Gunkel anstelle von Dr. Richard Ralfs berufen.

In den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus wird als stellvertretendes Mitglied Lisa Anschütz anstelle von Irmhild Schaffrin berufen.

In den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus wird als stellvertretendes Mitglied Dr. Richard Ralfs neu berufen.

**3.) Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration:**

In den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration wird als ordentliches Mitglied Lisa Anschütz anstelle von Alexandra Gauß berufen.

**4.) Bau- und Vergabeausschuss:**

In den Bau- und Vergabeausschuss wird als stellvertretendes Mitglied Lisa Anschütz neu berufen.

**5.) Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz:**

In den Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz wird als stellvertretendes Mitglied Lisa Anschütz anstelle von Irmhild Schaffrin berufen.  
In den Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz wird als stellvertretendes Mitglied Christian Gunkel neu berufen.

**6.) Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft**

In den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft wird als ordentliches Mitglied Lisa Anschütz anstelle von Alexandra Gauß berufen.  
In den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft wird als ordentliches Mitglied Christian Gunkel anstelle von Irmhild Schaffrin berufen.

**7.) Kuratorium der Stiftung Sport Kunst, Kultur, Natur und Umwelt**

In das Kuratorium der Stiftung für Sport, Kunst, Kultur, Natur und Umwelt wird als persönlicher Vertreter für Johanna Bienentreu Christian Gunkel anstelle von Alexandra Gauß berufen.

**8.) Gesellschafterversammlung der Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg mbH**

In die Gesellschafterversammlung der Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg mbH wird als persönlicher Stellvertreter von Ingo Steiner Wilhelm Windhuis anstelle von Alexandra Gauß berufen.

**9.) Trägerversammlung jobcenter rhein-sieg**

In die Trägerversammlung des Jobcenters Rhein-Sieg wird als ordentliches Mitglied Gabi Deussen-Dopstadt anstelle von Alexandra Gauß berufen.  
In die Trägerversammlung des Jobcenters Rhein-Sieg wird als persönliche Stellvertreterin von Gabi Deussen-Dopstadt Lisa Anschütz anstelle von Gabi Deussen-Dopstadt berufen.

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

### 10.) Politischer Beirat REGIONALE 2025 Agentur GmbH

In den politischen Beirat der REGIONALE 2025 Agentur GmbH wird als ordentliches Mitglied Lisa Anschütz anstelle von Alexandra Gauß berufen.  
 In den politischen Beirat der REGIONALE 2025 Agentur GmbH wird Burkhard Hoffmeister folglich anstatt als persönlicher Stellvertreter von Alexandra Gauß künftig als persönlicher Stellvertreter von Lisa Anschütz berufen.  
 In den politischen Beirat der REGIONALE 2025 Agentur GmbH wird als persönliche Stellvertreterin von Edgar Hauer Astrid Ballmann-Heckendorf anstelle von Irmhild Schaffrin berufen.

**Abst.-  
Erg.:**

**Einstimmig.**

2.6	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 21.03.2019: Umbesetzungen/Neubesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019. Weiter teilte er mit, dass sich der Beschlussvorschlag in der Vorlage dahingehend geändert habe, dass die aufgeführte Vertretungsregelung in der Veranstaltergemeinschaft der Gesellschafterversammlung zuzuordnen sei.

Dann ließ er über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

**B.-Nr.  
473/19**

**Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzung:**

#### **Veranstaltergemeinschaft Radio Bonn/Rhein-Sieg**

Renate Becker-Steinhauer wird Mitglied in der Veranstaltergemeinschaft Radio Bonn/Rhein-Sieg anstelle von Katharina Gebauer.

#### **Gesellschafterversammlung Radio Bonn/Rhein-Sieg**

Renate Becker-Steinhauer wird Mitglied in der Gesellschafterversammlung Radio Bonn/Rhein-Sieg anstelle von Katharina Gebauer.

Gabriele Kretschmer wird stellvertretendes Mitglied in der Gesellschafterversammlung Radio Bonn/Rhein-Sieg anstelle von Renate Becker-Steinhauer.

#### **AK Europa**

Florian Schröder wird Sachkundiger Bürger (für den ausgeschiedenen Sachkundigen Bürger Alexander Sommer).

**Abst.-  
Erg.:**

**Einstimmig.**

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

2.7	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: Bestimmung des Sitzungsortes für die nächsten Kreistagssitzungen	
-----	--	--

Der Landrat formulierte nachfolgenden folgenden Beschlussvorschlag und ließ hierüber abstimmen.

**B.-Nr.**  
**474/19**

**Der Kreistag stimmt zu, dass die nächsten Kreistagssitzungen während der Baumaßnahmen im Kreishaus außerhalb des Sitzungsortes Siegburg und innerhalb des Rhein-Sieg-Kreises stattfinden können.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

3	Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen beim Oberverwaltungsgericht Münster für die Wahlperiode ab dem 01.02.2020 hier: Aufstellung der Vorschlagsliste	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

Zur Anfrage des Abg. Dr. Fleck sagte der Landrat, dass die Antwort der Verwaltung als Tischvorlage 1 verteilt worden sei.

Abg. Dr. Fleck bemerkte hinsichtlich der Beantwortung der Nachfrage habe er verfassungsrechtliche Bedenken, da daraus u.a. hervorgehe, dass auch jüngere Personen ausgewählt worden seien. Er werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

**B.-Nr.**  
**475/19**

**Der Kreistag schlägt dem Wahlausschuss beim Oberverwaltungsgericht Münster die in der Vorschlagsliste (Anhang 1) aufgeführten Personen für die Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen vor.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB./ Abg. Dr. Fleck.**

3.1	Metropolregion Rheinland: Benennung eines Stimmführers/ einer Stimmführerin	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

Abg. Otter sagte, die Fraktion DIE LINKE habe in der Vergangenheit die Beteiligung Rhein-Sieg-Kreises an der Metropolregion abgelehnt. Sie betrachte das Wirken der Metropolregion weiterhin als kritisch. Da es sich bei diesem Beschlussvorschlag um eine reine Personalentscheidung handele, werde sie dem Beschluss zustimmen.

**B.-Nr.**  
**476/19**

**Der Kreistag benennt Herrn Oliver Krauß als Stimmführer für die in den Mitgliederversammlungen des Metropolregion Rheinland e.V. zu treffenden Entscheidungen.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

4	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 24.01.2019 - Dokumentation der eingehenden Unterlagen in Jobcentern	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

Abg. Otter teilte mit, dass man seitens der Fraktion und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten mit der Vorlage der Verwaltung einverstanden sei. Man betone jedoch, dass weiterhin nicht die Möglichkeit bestehe, eine entsprechende Bestätigung zu erhalten. Er erinnere, dass generell ein Anspruch auf eine Bescheinigung nach § 368 BGB bestehe.

**B.-Nr.**  
**477/19**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Der Kreistag regt an, das Thema „Aushändigung von Eingangsbestätigungen für beim jobcenter rhein-sieg eingehende Unterlagen“ in der nächsten Trägerversammlung zu thematisieren.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig, Enth. AfD, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise.**

5	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.02.2019: Resolution: "Lokale Demokratie stärken - Stichwahlen beibehalten"	
---	--	--

Der Landrat teilte mit, dass der Kreisausschuss die Beratung zum Antrag einstimmig in die heutige Sitzung des Kreistages vertagt hat.

Abg. Tandler sagte, in Düsseldorf liege ein Gesetzesentwurf vor, wonach die CDU/FDP-Landesregierung plane bei Kommunalwahlen zukünftig nur noch einen Wahlgang bei der Wahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durchzuführen. Dieser Gesetzesentwurf sei mittlerweile in einer Expertenanhörung im Landtag diskutiert worden, die dieses Vorhaben kritisch betrachte. So habe sich renommierter Staatsrechtler dahingehend geäußert, dass die Abschaffung der Stichwahl ein erhebliches Demokratieproblem begründe. Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung habe davor gewarnt, dass man demnächst unter Umständen mit Minderheitenbürgermeisterinnen und – bürgermeistern zu tun habe.

Abg. Tandler führte aus, dass ein nicht mit absoluter Mehrheit gewählter Bürgermeisterin/Bürgermeister nie sagen könne, er sei mit absoluter Mehrheit von den jeweiligen Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde gewählt worden. Das bedeute, sein Auftreten in der Kommune werde geschwächt. Er betonte, die Abschaffung der Stichwahl bedeute einen erheblichen Einbruch der Demokratie.

Für die Abschaffung der Stichwahl seien das Argument des Aufwands und der Kosten angebracht worden. Jedoch habe sich die demokratische Staatsform seit über 70 Jahren auf Bundes-, Landes- und bei der kleinsten föderativen Einheit, der kommunalen Ebene mehr als bewährt. Es sei immer ein starkes Zeichen gewesen, in den Kommunen diesen demokratischen Gepflogenheiten nachzukommen.

Obwohl man als Kommune nicht unmittelbar an der Gesetzgebung beteiligt sei, solle der Kreistag als kommunaler Vertreter seine Meinung hierzu artikulieren. Aus diesem Grund habe die SPD-Kreistagsfraktion die Resolution eingebracht.

Abg. Franken sagte, die CDU-Kreistagsfraktion werde sich der Resolution nicht anschließen. Als Begründung trug er vor, dass eine Stichwahl als solche im Kommunalrecht nicht für jeden Wahlgang erforderlich sei und verwies auf die Wahl der Gemeinderäte, die ohne eine Stichwahl gewählt seien. Ihre demokratische Legitimation würde niemand bezweifeln. In diesem Zusammenhang werde nun versucht, jemanden als demokratisch nicht legitimiert darzustellen, der ein Wahlergebnis von unter 50% verzeichne. Hierbei handele es sich um relative Zahlen, die auf die falsche Fährte führten.

Bei der Betrachtung der absoluten Zahlen im Wahlergebnis stimmten die Bürgerinnen und Bürger eindeutig ab, denn die Wahlbeteiligung sei im zweiten Wahlgang deutlich geringer als im ersten Wahlgang. Insbesondere im Rhein-Sieg-Kreis seien die Zahlen frappierend. Bei der Landratswahl habe es eine Wahlbeteiligung von 56 % gegeben. Im zweiten Wahlgang lag die Wahlbeteiligung lediglich bei 25%. Wie daraus eine politische Legitimation resultiere, erschließe sich ihm nicht. Bei der Betrachtung der absoluten Zahlen bei der Landratswahl verdeutlichte Abg. Franken, dass Herr Schuster 126.000 Stimmen erhalten habe. In zweiten Wahlgang erhielten beide Kandidaten zusammen 123.000 Stimmen. Demnach habe man im zweiten Wahlgang noch nicht einmal die Stimmzahl des einen Bewerbers erreicht. In diesem Zusammenhang davon zu sprechen, dass die Demokratie in Gefahr sei, halte er schon fast für fahrlässig. Man schränke die Demokratie nicht ein, sondern beschränke sie auf den ersten Wahlgang.

Darüber hinaus könne man mit der Abschaffung der Stichwahlen die Verwaltungen vor erheblichen Mehraufwand bewahren, da für die Organisation der Wahlen lediglich ein kurzes Zeitfenster bestehe. Darüber hinaus verwies Abg. Franken auf die Kosten für den Druck der Stimmzettel sowie auf die Problematik der Akquise von Wahlhelfern.

Der Aufwand stehe in keinem Verhältnis zum entsprechenden Ertrag.

Zudem sei man der Ansicht, dass man mit der Abschaffung der Stichwahl eine höhere Akzeptanz für die ersten Wahlgänge schaffe. Insofern hoffe man auf die Unterstützung, diese Resolution abzulehnen.

Abg. Gisela Becker erwiderte, eine Stichwahl eröffne für die Bürgerinnen und Bürger durchaus die Möglichkeit zu verdeutlichen, wen sie als Bürgermeisterin und Bürgermeister bzw. Landrätin und Landrat haben möchten. Aus diesem Grund sei es sinnvoll, eine Stichwahl durchzuführen. Ebenso müssten sich die Räte mit den Bürgermeisterwahlen auseinandersetzen, denn nicht auf Landesebene, sondern in den Kommunen würden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gewählt.

Abg. Otter sagte, für seine Fraktion sei Demokratie keine Kostenfrage. Er sei der Meinung, es solle im Kreistag einen Konsens geben, dass daran demokratische Maßnahmen nicht scheitern dürften.

Hinsichtlich des Arguments der geringen Wahlbeteiligung habe er den Anspruch, diesen Umstand zu verbessern. Als Demokrat müsse man versuchen die Bevölkerung für Wahlgänge zu begeistern, da es eine Möglichkeit sei, sich entsprechend einzubringen.

Weiter bemerkte Abg. Otter, die Verteilung der Stimmanteile habe sich seit der letzten Kommunalwahl weiterentwickelt und verwies auf die Wahlergebnisse der letzten Bundestagswahl. Es sei ein Szenario denkbar, bei dem sich mehr Stimmanteile auf verschiedene Parteien verteilen würden, sodass ein Kandidat mit einer Wahlquote von 25% oder 30 % die Liste anführe. Es müsse sich dann die Frage gestellt werden, ob dieser Kandidat wirklich von der Mehrheit gewollt sei oder ob eine anschließende Stichwahl sinnvoller sei.

Seine Fraktion werde die Resolution unterstützen.

Abg. Dr. Lamberty sagte, diese Angelegenheit werde seine Partei beim nächsten Landesparteitag intensiv diskutieren. Aus diesem Grund werde er in der heutigen Sitzung des Kreistages diese Diskussion nicht führen.

Er persönlich sehe die Abschaffung der Stichwahl skeptisch. Aus seiner Sicht dürfe bzw. müsse Demokratie etwas Kosten, wenn man die Menschen mitnehmen wolle. An den Kosten dürfe es nicht scheitern. Darüber hinaus sei es Aufgabe der Politik, die Verwaltung bei der daraus resultierenden Mehrarbeit zu unterstützen.

Hinsichtlich des dargelegten Vergleichs des Abg. Franken mit den Gemeinde- oder Stadtratswahlen sagte Abg. Dr. Lamberty, dass ein solcher Vergleich hinke.

Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Abg. Steiner verwies auf ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes für das Land Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 2009, wonach eine Abschaffung von Stichwahlen als möglich angesehen wurde. Die Expertenanhörung zeige aktuell eine andere Tendenz. Welche Ansicht die richtige sei, müsse letztendlich von den Gerichten entschieden werden.

Als kleinere Partei habe er Verständnis, dass eine Stichwahl als wesentlich angesehen werde. Seine Fraktion werde der Resolution folgen, da eine Einführung der Stichwahl immer der Standpunkt der GRÜNEN gewesen sei. Er habe jedoch Verständnis, dass es andere Meinungen gebe.

In dieser Angelegenheit gehe es um die Frage der Gleichberechtigung von kleineren Parteien. Dieses sei aus der Sicht der GRÜNEN mit einer Stichwahl eher gegeben. Seine Fraktion werde der Resolution zustimmen.

**B.-Nr.**  
**478/19**

**Der Kreistag beschließt folgende Resolution:**

**Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die Pläne zur Abschaffung der Stichwahl bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen in Nordrhein-Westfalen nicht weiter zu verfolgen und die aktuelle gesetzliche Regelung beizubehalten.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB./ CDU, Abg. Meise, Enth. FDP,**

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
6	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 11.03.2019: Sonderprüfung des Rechnungsprüfungsamtes im Hinblick auf die Kostensteigerungen der Maßnahmen Kreishaus und Carl-Reuther-Berufskolleg Hennef	

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019 und auf die Beschlussvorlage vom 18.03.2019.

Abg. Hildebrandt sagte, im Bau- und Vergabeausschuss habe man für die Sanierung des Kreishauses und in der Folge auch für das Berufskolleg in Hennef eine Kostenkontrolle implementiert, um die Politik bei den Kosten der Projekte auf dem Laufenden zu halten.

Nun wolle man eine kostenträchtige Untersuchung veranlassen, die wahrscheinlich das Rechnungsprüfungsamt aus Personalmangel nicht durchführen könne. Aus diesem Grund sei eine Beauftragung eines externen Wirtschaftsprüfers angedacht, obwohl die Verwaltung in ihrer Vorlage alle Gründe für die Kostensteigerung dezidiert dargelegt habe.

So habe sie mitgeteilt, dass sich in den letzten drei Jahren (2015-2018) die Baupreise um 11,1 % erhöht hätten. Daraus resultiere beim Berufskolleg Hennef eine Kostensteigerung von 5 Millionen Euro. Bei der Sanierung des Kreishauses habe sich eine fünfjährige Bauzeitverlängerung u.a. durch Probleme mit den beauftragten Firmen ergeben, die entsprechende Kosten verursache. Diese Umstände könne weder ein Rechnungsprüfungsamt noch ein externer Prüfer wegdiskutieren.

Weiter verwies der Abg. Hildebrandt auf die Vergabeverluste aufgrund der wenigen und kostenintensiven Angebote. Wegen voller Auftragsbücher würden die Baufirmen beschränkte oder öffentliche Vergaben meiden, die zudem mit hohem bürokratischem Aufwand umzusetzen seien. Zudem sei bei den Firmen die Rekrutierung von gutem Personal schwierig. Das Handwerk genieße beim Nachwuchs kein hohes Ansehen. Neue Firmen fielen bei der Vergabe durch das Raster, da sie die von der Vergabestelle geforderten Referenzen nicht liefern könnten. Das seien Gründe, die der Kreis nicht lösen könne.

Darüber hinaus gebe es technische Vorschriften wie den Brandschutz, bei dem viele zusätzliche Dinge erst während der Bauphase entdeckt würden und kostenpflichtig beseitigt werden müssten. So schreibe die Bezirksregierung vor, dass die entdeckten Schadstoffe wie beispielsweise Asbest ausgebaut werden müssten. Für die Kreisverwaltung bestehe in dieser Hinsicht keine Alternative.

Abg. Hildebrandt sagte, die Ansprüche an Gebäude hinsichtlich des Energieverbrauchs, der Dichtigkeit, des Luftaustausches usw. seien gestiegen. Das gebe der Gesetzgeber vor, nicht die Kreisverwaltung.

Bezüglich der zu entrichtenden Honorare teilte er mit, es sei ein Ärgernis, dass die Planungsbüros bei steigenden Baukosten höhere Honorare beanspruchen könnten. Bei der Sanierung des Kreishauses mache dies selbst bei einem reduzierten Verhandlungsergebnis fast zwei Millionen Euro aus. Die ursprüngliche Forderung der Planer sei weitaus höher gewesen.

Abschließend sehe er keine Veranlassung eine Rechnungsprüfung und einen Wirtschaftsprüfer zu beauftragen.

Abg. Dr. Bieber erwiderte, man entscheide über den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung. Der Redebeitrag des Abg. Hildebrandt habe lediglich einen Teil des Antrages analysiert. Es sei jedoch der Anspruch, vor einer Kostensteigerung von 25 Millionen Euro nachvollziehen zu können, ob diese zulässig sei. Das Entscheidende sei im Beschlussvorschlag der Verwaltung formuliert: „...im Hinblick auf praxisorientierte Empfehlungen zu einer optimalen Steuerung derartiger Großbauprojekte.“

Man wolle nicht nur den Blick in die Vergangenheit richten, sondern viel wichtiger sei der Blick in die Zukunft und die Analyse, was für zukünftige Großbauprojekte bezüglich der Kostenschätzung geändert werden müsse. Im Hinblick auf die Bürgerinnen und Bürger sei es nach der Gemeinde- und Kreisordnung das vornehmste Recht, das Prüfungsamt in dieser Angelegenheit zu beauftragen, um in einem zweiten Schritt mitzuteilen, welche Lehren man für die Zukunft ziehen müsse.

Insofern wiesen der Antrag und die Beschlussvorlage eine hohe Bedeutung sowohl für den Haushalt des Kreises als auch für künftige Bauprojekte auf. Aus diesem Grund werde seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Abg. Steiner sagte, bei einer solchen Kostensteigerung habe man die Pflicht, Transparenz für die Öffentlichkeit zu schaffen und zu analysieren, was man bei künftigen Bauprojekten besser machen könne.

Abg. Otter sagte, die Fraktion DIE LINKE und die Gruppe im Kreistag FUW/Piraten werden dem Antrag zustimmen. Wenn der Kreistag einen Bauauftrag herausgebe bzw. ein Bauverfahren ansteuere, sehe man die Notwendigkeit einer Überprüfung, da der Bürger zu Recht erwarte, dass in einem entsprechenden Umfang die Zeit- und Kostenplanung eingehalten werde.

Werde der Kosten- und Zeitrahmen nicht eingehalten, müsse man der Ursache hierfür nachgehen und über die Konsequenzen nachdenken. Seitens des Projektmanagements müsse man ggf. die Überlegung in Betracht ziehen, kleinere Bauabschnitte zu wählen und diese sukzessive abzuarbeiten, um möglichen Risiken besser zu entgegen. Es sei wichtig, dass man der Öffentlichkeit zeige in der Lage zu sein, auf diese Problemstellungen vernünftig zu reagieren und gegenzusteuern.

Abg. Scharnhorst betonte, man solle es als Chance sehen, um aus dem Prüfergebnissen Konsequenzen für zukünftige Bauprojekte zu ziehen.

Hinsichtlich der Aussage des Abg. Otter, dass die Bevölkerung über die Vergabe eines Bauauftrages informiert werden müsse, wies der Abg. Hildebrandt darauf hin, dass eine Vielzahl von Bauaufträgen vergeben werde. Dies resultiere daraus, dass man eine mittelstandsfreudige Vergabe pflege. Es sei nicht mehr zulässig, Aufträge an einem Generalunternehmer zu vergeben, sondern an einzelne Firmen mit entsprechenden Gewerken. Dass daraus ein erhöhter Koordinierungsaufwand entstehe und sich längere Bauzeiten ergeben können, sei eine Folge dessen. Daran könne die Kreisverwaltung jedoch nichts ändern.

Abg. Skoda teilte mit, seine Fraktion sehe den Auftrag zweigeteilt. Einerseits handele es sich um eine vergangenheitsorientierte Prüfung, die man nicht für zwingend erforderlich halte, da das Rechnungsprüfungsamt die beiden Baumaßnahmen wahrscheinlich begleitet habe.

Andererseits gebe es in dem Antrag einen zukunftsorientierten Teil, von dem seine Fraktion erwarte, dass die Strukturen in der Vergabe überprüft werden. Man vermisse in dem Antrag, dass der Auftrag an die auswärtigen Prüfer und Berater nicht ausreichend spezifiziert sei. Hierbei hätte man sich eine stärkere Orientierung an der Zukunft und an der Vergabestruktur gewünscht. Darüber hinaus seien die Kosten für die Beauftragung nicht geschätzt worden. In diesem Zusammenhang müsse klargestellt werden, dass in einem Gremium des Kreistages über die Kostenfrage noch entschieden werde.

Abg. Otter sagte, er habe nicht davon gesprochen, dass es einen Generalunternehmer gegeben habe. Es müsse vielmehr das Projektmanagement angepasst werden. Je nach Risikolage sollten die Baueinheiten kleiner gestaltet werden, um das Risiko besser zu managen. Er bezweifle, dass das ausreichend durchgeführt worden sei.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**B.-Nr.**  
**479/19**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Der Kreistag beauftragt das Prüfungsamt, eine Plausibilitätsprüfung für die von der Verwaltung in den Mitteilungsvorlagen zum öffentlichen und nichtöffentlichen Teil des Bau- und Vergabeausschusses vom 14.03.2019 getroffenen Aussagen hinsichtlich der Baumaßnahmen „Sanierung und Erweiterung des Carl-Reuther-Berufskolleg in Hennef“ sowie der „Brandschutzsanierung des Kreishauses“ durchzuführen. Das Prüfungsamt soll sich hierbei, soweit erforderlich, externer Unterstützung - etwa über die Erweiterung des an den Wirtschaftsprüfer zur Prüfung des Jahresabschlusses 2018 bereits erteilten Prüfungsauftrages - bedienen, dies insbesondere im Hinblick auf praxisorientierte Empfehlungen zu einer optimalen Steuerung derartiger Großbauvorhaben. Die Kämmerin wird gebeten, die hierfür erforderlichen Finanzmittel überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB./ FDP, Enth. AfD.**

7	Lead City Bonn - Angebotsverbesserungen bei Bus und Bahn im Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019 und teilte mit, dass der Beschlussvorschlag in der Hinsicht ergänzt werden müsse, indem der Beschluss unter dem Vorbehalt stehe, dass mit der Bundesstadt Bonn eine vertragliche Vereinbarung hinsichtlich der anteilig zustehenden Fördergelder für den Rhein-Sieg-Kreis abgeschlossen werde.

**B.-Nr.**  
**480/19**

**Unter dem Vorbehalt, dass mit der Bundesstadt Bonn eine vertragliche Vereinbarung über die dem Rhein-Sieg-Kreis anteilig zustehenden Fördergelder abgeschlossen wird, fasst der Kreistag folgenden Beschluss:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, die nachfolgend dargestellten Angebotsverbesserungen im regionalen ÖPNV Bonn/Rhein-Sieg zum Fahrplanwechsel am 28.08.2019 für die Dauer des Förderzeitraumes umzusetzen.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

7.1	Lead-City Bonn - Betriebliches Mobilitätsmanagement in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis -	
-----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

**B.-Nr.**  
**481/19**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt „Betriebliches Mobilitätsmanagement“ zusammen mit der Stadt Bonn, dem VRS und dem Zukunftsnetz Mobilität NRW schnellstmöglich für die Dauer des Förderzeitraumes umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, über den Projektfortschritt zu berichten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem VRS, dem Zukunftsnetz Mobilität NRW und der Stadt Bonn über die Fortführung des Projektes mit dem Bund in Verhandlungen zu treten.

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

8	Fortschreibung des Nahverkehrsplans; Taktverdichtung Linie 577	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

**B.-Nr.**  
**482/19**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Die Buslinie 577 wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt zwischen Siegburg Bahnhof und Neunkirchen Antoniusplatz montags bis freitags bis ca. 20:30 Uhr durchgehend auf einen 30'-Takt verdichtet.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

9	Beitritt des Rhein-Sieg-Kreises in die Naturarena Bergisches Land GmbH; Gremienbesetzung	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

**B.-Nr.**  
**483/19**

1. Vorbehaltlich dem Inkrafttreten der Haushaltssatzung des Rhein-Sieg-Kreises für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 fasst der Kreistag folgenden Beschluss:

**Der Rhein-Sieg-Kreis wird stellvertretend für die bergischen Kommunen Lohmar, Much, Neunkirchen-Seelscheid und Ruppichterath Gesellschafter der „Naturarena Bergisches Land GmbH“.**

2. Vorbehaltlich dem Inkrafttreten der Haushaltssatzung des Rhein-Sieg-Kreises für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 fasst der Kreistag folgenden Beschluss:

Der Rhein-Sieg-Kreis wird Mitglied im Verein „Naturarena Bergisches Land e.V.“.

3. Gremienbesetzung:

Der Kreistag benennt folgende Personen als Mitglieder für die Gesellschafterversammlung:

**Ständiges Mitglied Politik:**

Frau Notburga Kunert (CDU); Vertretung: Herr Edgar Hauer (DIE GRÜNEN)

**Ständiges Mitglied Verwaltung:**

Frau Brigitte Kohlhaas; Vertretung: Frau Gisela Jacob (beide Referat Wirtschaftsförderung)

**Ständiges Mitglied Kommune:**

Frau Nicole Sander (BM'in Neunkirchen-Seelscheid); Vertretung: Herr Norbert Büscher (BM Much)

4. Als Stimmführerin wird Frau Notburga Kunert benannt.

**Abst.-**

**Erg.:**

**Einstimmig.**

10

Haushaltsplan 2019/2020

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

Abg. Lehmann sagte, er wiederhole seinen Antrag aus der Sitzung des Kreisausschusses am 25.03.2019. Der Antrag habe zum Inhalt, dass eine Beschlussfassung über die Änderung der Haushaltssatzung vertagt werden solle, bis eine schriftliche Entscheidung des Heimatministeriums in Düsseldorf bzw. von der Bezirksregierung Köln vorliege. Seine Fraktion sehe die Mitwirkung der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger bei der Erhöhung des Haushaltsansatzes für nicht gewährleistet. Man halte die Anpassung des Haushaltes nach § 54 KrO NRW und die Verabschiedung der neuen Haushaltssatzung für nicht rechtmäßig.

Abg. Skoda sagte, er habe bereits in der Sitzung des Finanzausschusses und des Kreisausschusses seine Ablehnung über die anstehende Änderung der Haushaltssatzung begründet. Seine Fraktion habe bereits in der Sitzung des Kreistages im Dezember die Verabschiedung des Doppelhaushaltes abgelehnt, da er zu optimisti-

sche Annahmen enthalte und der Verbrauch der Ausgleichsrücklage zu schnell erfolge. Die Risiken des Kreises der kommenden zwei Jahre würden dabei nicht berücksichtigt. Die Ausgleichsrücklage in Höhe von 15 Millionen Euro verringere sich in zwei Jahren auf etwas mehr als zwei Millionen Euro. Das führe dazu, dass unmittelbar nach den Kommunalwahlen die allgemeine Umlage für die Gemeinden exorbitant steige, da die kommenden Haushalte durch den zu starken Abbau in eine Schieflage gerieten. Seine Fraktion werde die Änderung der Haushaltssatzung ablehnen.

Abg. Dr. Fleck teilte mit, er habe zwar den Haushalt abgelehnt würde jedoch dem Antrag zustimmen. Auf seine Nachfrage, wie hoch der Basiszinssatz der Bundesbank sei, sagte der Landrat, dass der Basiszinssatz bei – 0,8 % liege.

Dann teilte der Landrat mit, dass er die Beratung zu Tagesordnungspunkt 10.1 vorziehe, da es sich hierbei um den weitest gehenden Antrag handele.

Anmerkung des Schriftführers:

*Siehe weitere Ausführung unter TOP 10.1*

10.1	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 19.03.2019: Sanierungskosten Kreishaus	
------	--	--

Der Landrat erteilte dem Abg. Otter das Wort.

Abg. Otter sagte, man habe den Antrag gestellt, da seine Faktion sowie die Gruppe im Kreistag FUW/Piraten mit dem gesamten Procedere im Hinblick auf die Baukostenentwicklung im Kreishaus sehr unzufrieden sei. Im Rahmen der Besprechungen der Fraktionsvorsitzenden sei mitgeteilt worden, dass man im Sinne einer sachlichen Auseinandersetzung mit den baulichen Problemen eine mediale Zurückhaltung ausübe. In der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung habe er erfahren, dass es eine Pressekonferenz hinsichtlich der Baukostenentwicklung stattgefunden habe. Die entsprechenden Vorlagen für die Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses haben man zwar zwei bis drei Tage vorher erhalten, die Informationen seien jedoch im nichtöffentlichen Teil hinterlegt worden. Man habe nicht erahnen können, dass das in Form einer Pressekonferenz veröffentlicht werde. Demnach sei das bisherige Verfahren sehr unbefriedigend.

Weiter sagte Abg. Otter, es sei mitgeteilt worden, dass ein wesentlicher Teil der Kostenerhöhung auf die Kostensteigerung im Bausektor der letzten drei Jahre zurückzuführen sei. Er stelle sich die Frage, warum man diesen Umstand nicht bereits im Haushaltsentwurf im Dezember berücksichtigt habe.

Der Landrat erwiderte, die Fraktionen seien vor dem Pressegespräch über die Kostensteigerungen und über das Pressegespräch informiert worden. Es sei außerdem nicht zu beanstanden, dass die Verwaltung die Öffentlichkeit hierüber auf diesem Wege informiert. Er versuche mit allen Fraktionen im Kreistag konstruktiv zusammenzuarbeiten und eine größtmögliche Transparenz herzustellen. Die Vorwürfe des Abg. Otter betrachte er als unhaltbar und gegenstandslos.

Abg. Waldästel sagte, die Verwaltung habe alles Mögliche getan eine Haushaltsergänzung vorzulegen, um die Sanierung des Kreishauses und den Bau des Berufskollegs in Hennef fortzuführen. Jeder, der die Haushaltsergänzung ablehne, nehme

einen Baustopp im Kreishaus und im Berufskolleg in Kauf. Das könne wirklich keiner wollen.

Darüber hinaus bemerkte Abg. Waldästl hinsichtlich des Redebeitrages des Abg. Skoda, obwohl man sich als Kreis über Jahre fraktionsübergreifend einig gewesen sei, die Kommunen größtmöglich zu entlasten, könne es nicht sein, dass man anfangs ernsthaft über Umlagesätze zu diskutieren. Das könne und dürfe nicht der Ton des Kreistages sein. Man müsse vielmehr schauen, dass die Kommunen möglichst entlastet werden und der Kreis seine Bauprojekte zu Ende führe.

Abg. Kemper sagte, der Haushalt des Kreises müsse der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Das sei mit einer anderen Version geschehen, die sich um einen zweistelligen Millionenbetrag unterscheide. Zudem habe eine Benehmens Herstellung mit den Kommunen zu erfolgen. Das sei jedoch ebenfalls mit einer anderen Haushaltsversion erfolgt. Dadurch resultiere ein höheres Risiko hinsichtlich steigender Umlagesätze für die Kommunen. Demnach sei eine erneute Benehmens Herstellung notwendig. Das sei mit den Vorgaben der Kreisordnung, die in diesem Punkt auf der Gemeindeordnung basiere, nicht zu vereinbaren. Deswegen könne man diesen Weg nicht mitgehen.

Abg. Dr. Bieber sagte, die Vorlage für den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses zur Thematik Sanierung des Kreishauses und des Berufskollegs in Hennef sei montagfrüh über die Fraktionsfächer verteilt worden. Zudem sei ein Schreiben an alle Fraktionsvorsitzenden verteilt worden, dass der Landrat am Montag hierzu ein Pressegespräch durchführe. Falls die Fraktion DIE LINKE nicht sicherstellen könne, ihre Postfächer zu leeren und die Inhalte zu lesen, könne man nicht anderen dieses Fehlverhalten zuschreiben.

Bezüglich der Finanzmittel verwies der Abg. Dr. Bieber auf Anhang 3 der Vorlage der Verwaltung. Aus der Änderungsliste der Verwaltung gehe für die Haushalte nach dem Jahre 2021 hervor, in welchem Umfang diese finanziellen Mehrausgaben abgedeckt werden. Durch die Strichansätze stelle man fest, dass außer den Abschreibungen keine zusätzlichen Finanzmittel notwendig seien.

Von daher sei die Schlussfolgerung zu künftigen Haushalten falsch und fahrlässig gegenüber den Kommunen. Dass der Kreis die Ausgleichrücklage nutzen könne, liege an einer vorsichtigen Haushaltsplanung seit dem Jahr 2015, die zu einer Erhöhung der Ausgleichsrücklage um über 10 Millionen Euro geführt habe. Die Vorwürfe an den Landrat und an die Koalition trügen nicht im Kern.

Abg. Otter antwortete, als kleine Fraktion habe man Schwierigkeiten, den Posteingang in den Postfächern dauerhaft zu überwachen. Bezüglich den Ausführungen des Abg. Dr. Bieber sagte Abg. Otter, dass er hinsichtlich der Kostenschätzung möglicherweise etwas falsch betrachte. Jedoch müsse man bei einer Kreditfinanzierung Zins- und Tilgungsleistungen aufbringen, die eine Belastung darstellten.

Er betonte abschließend, der Kreistag müsse lediglich über 1/3 der Summe beraten, wenn man bereits in den vorangegangenen Jahren Mehrkosten im Haushalt berücksichtigt hätte.

Abg. Steiner wies darauf hin, dass die Vorlagen über die Kostensteigerung für die Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses ebenfalls im Kreistagsinformationssystem verfügbar seien.

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann ließ der Landrat über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen. Er wiederholte, es sei beantragt worden, dass die Beschlussfassung über die Änderung der Haushaltssatzung vertagt werde, bis eine schriftliche Entscheidung des Heimatministeriums in Düsseldorf bzw. von der Bezirksregierung Köln vorliege.

**B.-Nr.**      **Der Antrag über eine Vertagung der Beschlussfassung über die Änderung der**  
**484/19**      **Haushaltssatzung, bis eine schriftliche Entscheidung des Heimatministeriums**  
**in Düsseldorf bzw. von der Bezirksregierung Köln vorliegt, wird abgelehnt.**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **MB./ LINKE, FUW/Piraten, 1 AfD, 2 Enth. AfD.**

Anschließend ließ der Landrat über die Änderung der Haushaltssatzung 2019/2020 mit Haushaltsplan und Anlagen abstimmen.

**B.-Nr.**      **Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**  
**485/19**      **„Der Kreistag stimmt der Änderung der Haushaltssatzung 2019/2020 mit Haus-**  
**haltsplan und Anlagen unter Berücksichtigung der sich aus den Beratungen im**  
**Finanzausschuss ergebenden Veränderungen zu.“**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **MB./ LINKE, FUW/Piraten, Abg. Dr. Fleck, Abg. Meise, 2 AfD, Enth. 1 AfD.**

11	Veräußerung der von der Stadtwerke Bonn Beteiligungs-GmbH gehaltenen Anteile an der EVG Energieversorgungsgesellschaft Sankt Augustin mbH an die RheinEnergie AG	
----	--	--

*Von der Tagesordnung abgesetzt.*

12	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

a) Anfragen des Abg. Dr. Fleck vom 18.03.2019 und 21.03.2019: Gesundheitlichen Gefahren und Risiken durch das Ackergift Glyphosat - Einsatz im Rhein-Sieg-Kreis:

Der Landrat teilte mit, dass die Antwort der Verwaltung gesondert nachgereicht werde.

b) Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 18.03.2019: Nebentätigkeiten von Beamten und Angestellten in der Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises (Sachstandsbericht):

Der Landrat teilte mit, dass die Antwort der Verwaltung nachgereicht werde.

Anmerkung des Schriftführers:  
*Die Antwort der Verwaltung ist als Anlage 1 beigefügt.*

22. Sitzung des Kreistages am 28.03.2019		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

c) Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 20.03.2019: Gesundheitliche Gefahren und Risiken für Menschen, Tiere und Pflanzen durch 5G-Mobilfunk, Infrastruktur, Rechtsmittel der Bürger:

Der Landrat verwies auf die Antwort der Verwaltung vom 21.03.2019.

d) Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 20.03.2019: Von der Kreispolizeibehörde registrierte Strafhandlungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen, Belegung der Justizvollzugsanstalten Rheinbach und Siegburg:

Der Landrat teilte mit, eine Zuständigkeit zur Beantwortung der Anfrage nicht gegeben sei, da es sich nicht um eine Angelegenheit des Kreistags handele. Diese Frage müsse er an die Polizei richten.

Abg. Dr. Fleck bemerkte hinsichtlich der Beantwortung der Anfrage zur Thematik 5 G-Mobilfunk, dass diese aus seiner Sicht unzureichend beantwortet worden sei und wies auszugsweise auf die beantwortete Anfrage der Verwaltung vom 13.12.2019 hin. Darüber hinaus teilte er mit, dass es bezüglich der gesundheitlichen Gefahren von Glyphosat und der notwendigen Beurteilung der 5G-Mobilfunk Technologie das Vorsorge- und Wissenschaftsprinzip gebe. Darüber hinaus teilte Abg. Dr. Fleck mit, dass Bürger ihm eine Broschüre zum Thema „Mobilfunk die verschwiegene Gefahr“ mit der Bitte mitgegeben hätten, diese Schrift dem Landrat zu überreichen. Diese Broschüre wurde dem Landrat übergeben.

Hinsichtlich der in Rede stehenden Anfragen bat der Landrat um Verständnis, dass aufgrund der Vielzahl der sehr kurzfristig eingereichten Anfragen zu den Sitzungen eine Beantwortung sich zeitlich verzögere.

Weiter teilte der Landrat mit, dass die Bezirksregierung Köln soeben mitgeteilt habe, dass es nach Überprüfung des Vorgehens des Rhein-Sieg-Kreises hinsichtlich des Verfahrens zur Änderung der Haushaltssatzung keine rechtlichen Bedenken gebe.

Weiter Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann schloss der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Ende des öffentlichen Teils**

Der Landrat  
11.1

26.03.2019

An den  
Einzelabgeordneten des Kreistages Dr. Fleck

nachrichtlich:

CDU-Kreistagsfraktion  
SPD Kreistagsfraktion  
Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
FDP-Kreistagsfraktion  
LINKE-Kreistagsfraktion  
AfD-Kreistagsfraktion  
Gruppe im Kreistag FUW/Piraten  
Einzelabgeordnete

**Anfrage des Einzelabgeordneten Dr. Fleck vom 18.03.2019 „Nebentätigkeiten von Beamten und Angestellten in der Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises“ (Anlage 1)**

Sehr geehrter Herr Dr. Fleck,

Ihre Anfrage vom 18.03.2019 beantworte ich wie folgt:

Aktuell sind bei der Kreisverwaltung 1021 Angestellte und 540 Beamte\*innen beschäftigt.

Derzeit über 34 Beamte\*innen und 55 Angestellte unterschiedliche Nebentätigkeiten aus.

Von diesen 89 Beschäftigten mit Nebentätigkeit sind 13 Führungskräfte (Abteilungsleiter\*innen, Amtsleiter\*innen, Dezernenten\*innen).

Nebentätigkeiten bei Angestellten sind gemäß § 3 Abs. 3 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst nicht genehmigungspflichtig. Sie sind dem Arbeitgeber nur anzuzeigen. Die Nebentätigkeiten können nur untersagt werden, wenn hierdurch arbeitsvertragliche Verpflichtungen oder im Einzelfall berechnigte Interessen des Arbeitgebers beeinträchtigt werden.

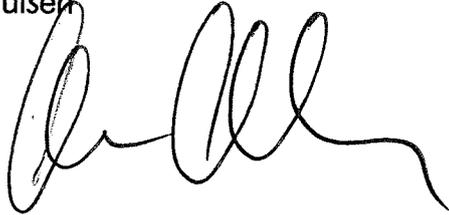
Nebentätigkeiten bei Beamten\*innen sind gemäß § 49 des Landesbeamtengesetzes NRW genehmigungspflichtig. Die Genehmigung ist dann zu versagen, wenn die Nebentätigkeit dienstliche Interessen beeinträchtigen würde.

Die Nebentätigkeiten reichen von Lehrtätigkeiten, Geschäftsführungstätigkeiten in Gesellschaften mit Kreisbeteiligung, Dateneingabe, Kirchenmusiker, Heilpraktiker\*in,

Rettungsschwimmer\*in usw. bis hin zum Zeitungsaustragen und Reinigungstätigkeiten.

Es besteht ein Anrecht auf das Ausüben einer Nebentätigkeit, solange dienstliche Interessen nicht beeinträchtigt werden. Dies wird im Einzelfall geprüft. Insofern ist nichts gegen die Ausübung einer Nebentätigkeit einzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the end.

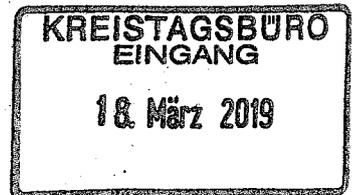
# Volksabstimmung

Anlage 1  
zu J00-12

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen



Arbeit  
Frieden  
Freiheit  
Gesundheit  
Gerechtigkeit



Pl 0226/19

Dr. Helmut Fleck, Gneisenastraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax 02241-52830  
www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, E-Mail: info@demokratie-durch-volksabstimmung.de

Siegburg, den 18.03.2019

An den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises  
Herrn Sebastian Schuster  
Kaiser-Wilhelm-Platz 1  
53721 Siegburg

## Nebentätigkeiten von Beamten und Angestellten in der Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises (Sachstandsbericht)

Anfrage gemäß § 12 Geschäftsordnung des Rhein-Sieg-Kreises zur nächsten Kreistagssitzung mit der Bitte um schriftliche Bekanntgabe

Sehr geehrter Herr Landrat Schuster,

die Nebentätigkeiten von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst haben in der vergangenen Woche für Schlagzeilen gesorgt. In den Ministerien der Bundesregierung sollen über 1.000 Mitarbeiter, viele in leitenden Positionen (Abteilungs- und Referatsleiter), einen Nebenjob haben.

<https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/nicht-ausgelastet-mehr-als-100-top-beamte-arbeiten-nebenbei-60652352.view=conversionToLogin.bild.html>

<https://www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/kommentar-nur-ein-nebenjob-60652492.bild.html>

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/nebenverdienst-bei-top-beamten-kanzleramt-hat-39-nebenjobber-60694444.bild.html>

### Meine Fragen:

Wie viel Beamte und Angestellte sind insgesamt in der Kreisverwaltung beschäftigt?

Wie viele haben eine Nebentätigkeit?

Wie viele Beamte und Angestellte mit Nebentätigkeiten sind in leitenden Positionen der Kreisverwaltung (Abteilungsleiter, Referatsleiter, Dezernenten) tätig?

Müssen Nebentätigkeiten genehmigt werden? Welche Regeln gelten für die Genehmigung?

Was sind das für Nebentätigkeiten, denen Ihre Beamten und Angestellten nachgehen?

Wie bewerten Sie die Nebentätigkeiten Ihrer Mitarbeiter?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Fleck  
Kreistagsabgeordneter  
-Volksabstimmung-

## - Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg

Parteivorsitzender und Volksvertreter im Rat Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:

Dr. Helmut Fleck, Gneisenastraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830